



HESSISCHER LANDTAG

20. 04. 2016

Plenum

Dringlicher Antrag der Fraktion DIE LINKE

betreffend Handels- und Investitionsschutz-Abkommen CETA im Bundesrat und Bundestag ablehnen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Hessische Landtag lehnt Sonderrechte und eine Paralleljustiz zum Schutz von global operierenden Konzernen und Investoren in Handelsabkommen ab. Bestimmungen zum Investitionsschutz einschließlich Investor-Staat-Schiedsverfahren in Abkommen mit OECD-Staaten sind aufgrund der dort bestehenden Rechtsschutzmöglichkeiten grundsätzlich nicht erforderlich (s. Hessische Staatskanzlei 2015: Europapolitische Strategie der Hessischen Landesregierung, S. 18).
2. Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf, sich im Bund und auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass das Handelsabkommen mit Kanada (*Comprehensive Economic and Trade Agreement*; CETA) allen Mitgliedstaaten zur Abstimmung vorgelegt werden muss (gemischtes Verfahren). Ein "EU-only-Abkommen" ohne die Zustimmungspflicht der EU-Mitgliedstaaten oder ein vorläufiges Inkrafttreten, auch nur von Teilen des Handelsabkommens ohne die Zustimmung der Mitgliedstaaten, lehnt der Hessische Landtag ab.
3. Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass das Handelsabkommen CETA, welches auch Belange der Bundesländer betrifft, im Bundesrat behandelt werden muss.
4. Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf, das Handelsabkommen CETA im Bundesrat abzulehnen sowie im Bundestag für eine Ablehnung zu werben.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 20. April 2016

Die Fraktionsvorsitzende:
Wissler

Der Fraktionsvorsitzende:
van Ooyen